

Pannestreifen statt Überholspur

Der Industrielle und ehemalige Finanzminister Dr. Hannes Androsch erörtert im Gespräch mit dem GELD-Magazin Österreichs Probleme mit dem Staatshaushalt, die Position als Industrie-Standort, die Wege aus der Wirtschaftsschwäche der Eurozone und die Feinheiten der Griechenland-Krise.

Wolfgang Freisleben

GELD ° Herr Dr. Androsch, Sie waren kürzlich in China, haben dort u.a. ein Buch in chinesischer Sprache vorgestellt und wenig später in Wien ein weiteres. Was treibt Sie an?

HANNES ANDROSCH: Neugierde, Interesse und vielleicht auch Sorge, was Österreich anlangt. Weil wir, vereinfacht ausgedrückt, von der Überholspur auf die Kriechspur zurückgefallen sind und drohen, am Pannestreifen zu landen.

Das erste Kapitel Ihres neuen Buches heißt: Die Chancen Österreichs in der globalisierten Welt 2050. Das ist sehr ambitioniert. In welche Richtung gehen die Erkenntnisse?

Seit 1900 hat Europa einen Bedeutungsschwund erlitten – schon allein als Anteil an der Weltbevölkerung von damals 20 Prozent auf etwa zehn Prozent jetzt und weniger als fünf Prozent im Jahr 2050. Die heutigen zehn Prozent beanspruchen 50 Prozent des globalen Sozialbudgets in einer alternden Gesellschaft mit zu wenig neuen Aktivitäten. Die deutsche Bundeskanzlerin hat mit Recht beklagt: die großen neuen Firmen, wie z. B. Microsoft, Apple, Google, Facebook, Intel, kommen aus den USA. Und andere Länder, wie zuvor schon Japan und Südkorea, jetzt vor allem China, Vietnam, Thailand und Malaysia, holen auf. Die EU wird in einigen Jahren weniger als 500 Millionen Menschen haben, Afrika zwei Milliarden – aber eben arme Menschen, wie die Migrationswellen aus Afrika oder auch dem Levante-Raum zeigen.

Wo steht Österreich heute?

Österreich kommt mir ein wenig wie die italienischen Stadtstaaten im Mittelalter vor. Jeder hat eine riesige Stadtmauer und große Türme und sie bekämpfen einander. Wir gehen gerade einen Weg wie die Finnen. Die werden das korrigieren müssen und wir auch.



„Der Finanzminister muss sich gegen verkrustete Widerstandsnester durchsetzen“

Was würden Sie der Regierung empfehlen?

Der Finanzminister weiß ohnedies, was er tun muss. Aber das ist leichter gesagt als getan. Er muss sich gegen alle diese verkrusteten und verrosteten Widerstandsnester durchsetzen, die bei der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, beim föderalen System, beim immer aufwändigeren, aber wenig treffsicheren Sozialsystem, bei den hypertrophen Subventionen angesiedelt sind.

Finanzminister Schelling hat einen Zahlungsstopp für Anleihen der Hypo Alpe Adria verfügt. War das der richtige Weg?

Im Augenblick schon, nachdem man geduldet hat, dass dieses Problem überhaupt entstanden ist. Es hat doch niemand die Frage gestellt, woher die kleine Landeshypothekenanstalt die Mittel für das Wachstum in derartige Dimensionen erhalten hat und wofür sie verwendet wurden. Alle Aufsichtsbehörden haben sichtlich glanzvoll versagt, was übrigens auch der Fall war, nachdem das Schlamassel da war und man sich von den Bayern über den Tisch ziehen ließ. Dann wollte man andere Banken schützen und hat verabsäumt, eine Bad Bank zu machen, so wie die Deutschen das mit der Hypo Real Estate gemacht haben. Und die ist zehnmal so groß gewesen wie die Hypo. Mit einer Bad Bank hätte man Zeit gewonnen, das Problem auf viele Jahre verteilt und die bestmögliche, Verlust minimierende Verwertung vornehmen können. Das hat man sträflich vermieden. Und dann hat man es noch verabsäumt, die Bank in Konkurs gehen zu lassen, was ein geordnetes Verfahren gewesen wäre.

Hätten Sie als Vorsitzender der Fimbag, die ja hier auch involviert ist, nicht darauf drängen können?

Nein. Das lag beim Finanzministerium schon allein deswegen, weil die Hypo Alpe Adria bis vor Kurzem ein Verhandlungsgegenstand mit der EU war. Das konnte nur die Bundesregierung, vertreten durch den Finanzminister, machen. Die Fimbag ist ja nur eine Agentur unterhalb des Finanzministeriums, die gewisse treuhändige Verwaltungsaufgaben erfüllt.

Hat sie auch Kontrollfunktion wie Notenbank und FMA gehabt?

Weit davon entfernt. Auch nicht wie das Finanzministerium selber.

Sind die Koalitionsverhandlungen über die Staatsfinanzen viel versprechend?

Die Zielsetzungen gehen in die richtige Richtung, wenngleich die Einzelposten für das Budget erst zu verhandeln sind. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass man nicht in eine Austeritäts-Falle tappt. Wir sind jedenfalls noch weit von dem entfernt, was Schweiz, Schweden und Deutschland längst erreicht haben. Nämlich Reduktion von Steuern, Verschuldung und Arbeitslosigkeit, aber mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsdynamik. Für ein Gesamtkonzept fehlt somit eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen.

Zum Beispiel?

Reformen bei den Pensionen, den Spitälern, beim Föderalismus und dem Finanzausgleich. Wir benötigen eine wirklich wirkungsvolle Schuldenbremse, eine Abkehr von „alles und jedes für den Konsum heute“ zu Lasten der Zukunft. Wenn dann für die Zukunftsaufgaben und Investitionen zu wenig Geld da ist, macht man sich schuldig, gleichsam nicht genügend auszusäen. Das kann man vergleichen mit einem Bauern, der verschuldet ist, kein Saatgut mehr kauft und nicht aussät. Dessen Familie wird über kurz oder lang verhungern. Es gibt produktive Schulden, mit denen man sät – bei Forschung, Infrastruktur, Bildung, Ausbildung, Qualifikation. Oder man lebt in den Tag hinein mit Transferzahlungen, überzogenen Subventionen und mit einem überbordenden Aufwand für die öffentliche Verwaltung und unzählige Privilegien.

Die Regierung sieht bei den Pensionen kein Problem – Sie schon. Warum?

Die Geburten sind vom Höchststand mit 135.000 im Jahr 1963 auf unter 80.000 p.a. gesunken, die Lebenserwartung ist gestiegen, das Pensionsantrittsalter niedriger geworden. Da kann man doch nicht glauben, dass sich das ausgeben kann. Pensionen und Hackler-Regelung werden zu Lasten der künftigen Generationen mit immer höheren Schulden finanziert. Das ist verantwortungslos und inakzeptabel. Aber es war zu erwarten. Ich bin deswegen schon 1980 als Finanzminister mit Sozialminister Weißenberg in Konflikt geraten, obwohl die Belastung des Budgets durch Pensionszuschüsse damals noch ein Bruchteil von heute war. Ich habe mich damit auch an Bundeskanzlers Kreisky gewandt. Der schlug sich auf die Seite des Sozialministers und war damit auf der Seite der Vergangenheit und gegen die Zukunft. Die finanziellen Konsequenzen daraus müssen heute die jungen Menschen tragen. Ich frage mich daher: Wie kann man einem unter 40-Jährigen, der davon ausgeht, dass seine Pension in einer angemessenen Höhe gesichert ist, nicht die Wahrheit sagen? Wenn ein Sozialminister das leugnet und ignoriert, dann versündigt er sich an der Zukunft und den nachkommenden Generationen.

Wo lässt sich beim öffentlichen Dienst ansetzen?

Im Vergleich zu Bayern, Baden-Württemberg oder Schweiz haben wir eine wesentlich größere Verwaltung, die deswegen aber sicher nicht effizienter ist als in diesen drei Ländern. Das ist nicht zuletzt die Folge einer suboptimalen staatlichen Organisation mit Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern. Das wiederum ist eine Folge der sinnlosen und widersprüchlichen Regulierungswut und einer lähmenden und behindernden Überbürokratisierung. Außerdem gibt es im öffentlichen



„Wenn ein Sozialminister das leugnet, versündigt er sich an Generationen“

Dienst hohe Durchschnittseinkommen und Durchschnittspensionen, zugleich auch ein durchschnittliches Pensionsantrittsalter, das in manchen Bereichen nur 52 Jahre beträgt. Der Durchschnitt insgesamt beträgt 59, das normale Pensionsantrittsalter wäre 65 Jahre. Hier klafft eine riesige Diskrepanz.

Erachten Sie das Forschungsförderungsvolumen von 552 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre als ausreichend?

Nein. Das ist sicher zu wenig. Allein für die Grundlagenforschung ist bei weitem zu wenig vorgesehen. Aber auch für andere Bereiche und für die Universitäten insgesamt. Da werden neuerlich Bildungsausgaben gekürzt, das ist die falsche Prioritätensetzung. Denn es gibt produktive Schulden, die einer Aussaat gleich- ▶

kommen, wie etwa Forschung, Infrastruktur, Bildung, Ausbildung, Qualifikation. Oder man lebt in den Tag hinein mit Transferzahlungen, überzogenen Subventionen und mit einem überbordenden Aufwand für die öffentliche Verwaltung und unzählige Privilegien. Auch hier gilt: Wenn zu wenig ausgesät wird, muss die Ernte zwangsläufig geringer ausfallen.

Der Geschäftsführer des Leiterplattenherstellers AT&S, an dem Sie wesentlich beteiligt sind, sagte kürzlich, in Österreich werde AT&S nicht mehr viel investieren. Ist Österreich als Industriestandort nicht mehr interessant?

Das kann man so nicht schlussfolgern. Im Fernen Osten haben wir investiert, weil dort 90 Prozent des elektronischen Weltmarktes konzentriert ist. Wenn Sie nur denken, dass Apple seine erfolgreichen Produkte wie das iPhone 6 in China fertigen lässt, dann ist das deutlich. Und wenn man sich vor Augen hält, dass wir in wenigen Jahren in dieser Branche mit der Herausforderung konfrontiert sind, immer mehr Funktionen in immer kleinere Produkte zusammenzuführen, wovon dann die Leiterplatte, also die Vernetzung, nur eine Funktion ist, dann brauchen wir neue Materialien, neue Geräte, neues Equipment, um dieses Material auch entsprechend behandeln zu können. Aber schon heute wird offenbar, dass wir wahrscheinlich die Materialien und das Equipment, das es zu entwickeln gilt, nur mehr in Japan und Südkorea bekommen werden.

Bleibt der Standort China für AT&S attraktiv?

Es hat sich viel geändert. Das Lohnniveau hat sich beträchtlich erhöht, die Umweltauflagen sind für die Industrie wesentlich verschärft worden. Und wenn die gegenwärtige Tendenz anhält, dass man das Internet nicht voll global nutzen kann, dann wird das Konsequenzen



„EZB steht alleine da, ohne die Zielsetzungen erreichen zu können“

haben für FDI's, für ausländische Direktinvestitionen. Weil dann unter Umständen Vietnam, Thailand oder Malaysia attraktiver sind. Kurzum: Was bisher war, ist offensichtlich – ohne China würde AT&S in der heutigen Form nicht mehr existieren. Aber was in zehn Jahren sein wird, ist derzeit nicht vorauszusehen.

Was ist von der Geldpolitik der EZB zu halten?

Die Geldpolitik ist in dieser Situation zwar richtig, aber genügt allein nicht. Die Amerikaner haben das viel früher gemacht. Mit dem Quantitative Easing, dessen Rücknahme sie bereits begonnen haben, weil sie mit dem Wirtschaftswachstum ungleich besser aus der Krise herausgekommen sind als Europa. Sie haben das QE in einer Zeit begonnen, in der wir die Zinsen erhöht haben, die Kreditvergabe verknappt und im öffentlichen Bereich eine Austeritäts-Schiene befahren haben. Seit 2009 ist die Wirtschaftspolitik der Eurozone ungleich schlechter als anderswo, wie z. B. in Großbritannien, USA oder China. Das passt insgesamt nicht zusammen. Weshalb wir in der Eurozone die schwächste Wirtschaftsentwicklung mit einer riesigen Arbeitslosigkeit haben. Und das trifft inzwischen massiv auch auf Österreich zu.

Ist der Investitionsplan von Kommissionspräsident Juncker tauglich?

Dass man mit 30 Milliarden Euro das zehnfache Investitionsvolumen mobilisiert, entspringt eher dem Prinzip Hoffnung, ist aber keine Lösung. Man hat offenbar wenigstens erkannt, dass man mit Austerität weder die Schwäche der Gesamtnachfrage, die wir ja haben, noch Strukturschwächen beseitigt. Deswegen steht auch die EZB mit der Geldpolitik alleine da, ohne die beiden genannten Zielsetzungen erreichen zu können.

Wäre ein Austritt Griechenlands aus dem Euro eine Katastrophe?

Grundsätzlich gilt: der zweitgrößte Fehler war, dass man Griechenland in die Eurozone aufgenommen hat. Und der größte wäre ein Grexit, also ein Austritt aus dem Euro. Denn was hätte man dann erreicht? Dann wäre von einem Tag auf den anderen klar, dass man die Schulden abschreiben muss. Daher wäre es schon höchste Zeit gewesen, mit disziplinierenden Auflagen für Griechenland, aber in einer gleichsam verträglichen Medikation, eine längerfristige Lösung zu finden, die die Griechen selber lösen können. Natürlich verhält sich die griechische Regierung in ihrem Vorgehen ungeschickt. Aber die anderen sind in der Griechenland-Frage auch nicht besonders klug vorgegangen.

Inwiefern?

Man hat den Regierungen leichtfertig zu viel Kredite für die falschen Zwecke, wie z. B. den Ankauf deutscher U-Boote und französischer Kampfhubschrauber, gegeben und nicht darauf geachtet, ob sie sich das auch leisten können. Daher trifft die Gläubiger eine Mitschuld. Das steht schon im Alten Testament im Leviticus (= 3. Buch Mose, Anm.). Außerdem will man seit der Griechenland-Rettung 2012 ununterbrochen deutsche und französische Banken retten, aber nicht Griechenland. Und die griechischen Regierungen wollten ihrerseits nicht begreifen, dass sie auch die Hausaufgaben machen müssen. Aber dass man das auf dem Rücken des „kleinen Mannes“ in Griechenland, der das nicht verursacht hat, glaubt austragen zu können, das ist eine Illusion. Daher hat man es jetzt mit einer Regierung zu tun, die noch nicht begriffen hat, dass es im internationalen Bereich Spielregeln gibt.



ÖSTERREICH – WOHIN SOLL DAS LAND GEHEN? Überlegungen zur wirtschaftlichen Zukunft des Landes.

Hannes Androsch / Josef Taus (Hsg.), Neuer Wissenschaftlicher Verlag, 254 Seiten